



Christoph Butterwegge bei seinem Vortrag in Auerbach. (Bild: Lotz)

Attac Bergstraße: Wissenschaftler Christoph Butterwegge beklagte bei seinem Vortrag im Bürgerhaus Kronenpark die Demontage des Sozialstaats

„Sozialer Klimawandel schreitet massiv voran“

Von unserem Mitarbeiter Thomas Tritsch

Bensheim. In Deutschland ist fast jeder Zehnte auf finanzielle Hilfe vom Staat angewiesen. Sind diese Menschen arm? Nach Meinung von Gesundheitsminister Jens Spahn bedeutet Hartz IV keine Armut – sondern sei im Gegenteil eine Antwort auf sie. Der Sozialwissenschaftler Christoph Butterwegge (67) sagt: „Ja, diese Menschen sind arm!“ Die Armutsrisikoschwelle der EU liegt in Deutschland bei durchschnittlich 969 Euro. Hartz-IV-Empfänger bekommen durchschnittlich mit Regelsatz, Miete und Heizkosten Unterstützung im Wert von 800 Euro. Damit liegen sie also deutlich unter der Armutsgrenze der EU.

„Arm ist nicht nur der Hungernde. Arm ist auch, wer nicht am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen kann“, so der ehemalige Professor für vergleichende Bildungsforschung an der Uni Köln bei einer Veranstaltung von Attac Bergstraße im Bürgerhaus Kronepark in Auerbach.

150 Zuhörer im heißen Bürgerhaus

Rund 150 Zuhörer kamen zum Vortrag des „Armutforschers“, der dieses Label eigentlich überhaupt nicht mag. Sein Thema sei die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland, so Butterwegge, der als einer ihrer prominentesten Kritiker gilt. Bei tropischen Temperaturen im Saal betonte er: „Der soziale Klimawandel in unserer Gesellschaft schreitet massiv voran.“ Er erkennt eine gefährliche Tendenz, dass Armut bis zur Mitte der Gesellschaft vordringt und sich dort verfestigt.

Die Kluft zwischen Gutverdienern und Reichen und jenen, die an gesellschaftlicher Teilhabe aus finanziellen Gründen ausgeschlossen bis sozial isoliert sind, nehme dramatisch zu. Armut in einem reichen Land, so auch einer seiner Buchtitel, könne viel demütigender und deprimierender sein als Mittellosigkeit in einem armen Land. Betroffene werden als Versager abgestempelt und für ihre Situation persönlich verantwortlich gemacht. Sie resignieren häufig und werden krank. „Wenn ein Jugendlicher im Winter in kurzen Hosen und Sandalen auf dem Schulhof steht, leidet er unter dem Spott der anderen vermutlich mehr als unter der Kälte.“

Kurz: In armen Ländern ist es relativ leichter, arm zu sein. In reichen Nationen wie Deutschland komme es darauf an, dass nicht nur ein monetäres, sondern auch ein soziokulturelles Existenzminimum gewährleistet ist, so Christoph Butterwegge, der wiederholt in die SPD ein- und ausgetreten war. Im Zuge von Gerhard Schröders Agenda 2010 („Hartz-Gesetze“) grenzte er sich zunehmend von diesem Kurs ab. Am noch immer stabilen Image vom fürsorgenden Sozialstaat Deutschland lässt der Forscher kaum ein gutes Haar.

„Keine Armut de luxe“

Das Land sei gar nicht so großzügig, wie immer behauptet werde. Das spüre man allein daran, dass 1,5 Millionen Menschen in Deutschland ihre Lebensmittel von über 930 Tafeln mit mehr als 2000 Ausgabestellen beziehen. „Es ist eine Schande, dass es diese Einrichtungen geben muss.“ Dennoch seien karitative Alternativen in der Gegenwart eine wichtige Versorgungsleistung. Sie sollten laut Referent aber vielmehr private Ergänzung statt staatlicher Ersatz sein. Der Bensheimer Auftritt von Butterwegge kostete übrigens keinen Eintritt – die gesammelten Spenden gehen an die Bensheimer Tafel.

In Auerbach warnte er davor, das Thema relative Armut als „Jammern auf hohem Niveau“ zu bagatellisieren. „Das ist keineswegs eine Armut de luxe!“ Mit Hartz IV habe sich in der Gesellschaft eine soziale Eiseskälte ausgebreitet. Leistungsbezieher würden als Drückeberger, Faulpelze und Sozialschmarotzer verunglimpft.

Eine „neoliberale Leistungsideologie“ habe zu einer grassierenden Ungerechtigkeit in der Gesellschaft geführt. Rund 32 Millionen Menschen in Deutschland seien nur eine Kündigung oder eine schwere Krankheit von Armut entfernt, weil sie kein Vermögen besitzen. „Die Polarisierung nimmt zu.“

Allerdings sei diese Entwicklung keine deutsche Spezialität, sondern ein global erkennbares Kardinalproblem der Menschheit: Armut sei ein internationales Phänomen und darüber hinaus die Mutter aller Migrationsbewegungen: Ein treibendes Motiv dafür, in einem anderen Land eine neue Existenz

aufzubauen. Der Wissenschaftler sieht eine enge Verbindung von politischer Verfolgung und sozialen Verwerfungen, die in immer mehr Gesellschaften zutage trete.

Drei Entwicklungen macht er für diese soziale Spaltung verantwortlich. Erstens habe eine Deregulierung des Arbeitsmarktes einen breiten Niedriglohnsektor geschaffen, in dem mittlerweile fast ein Viertel der Beschäftigten tätig sind.

Zweitens würde durch die Teilprivatisierung der Altersvorsorge mit der Riester-Rente der klassische Sozialstaat abgeschafft. Die Konsequenz: Wer sich eine finanzmarktabhängige Altersvorsorge nicht leisten kann, dem drohe ein armer Lebensabend.

Drittens: Reiche und Hyperreiche sind zu wenig an der Finanzierung des Sozialversicherungsstaates beteiligt und werden steuerlich immer stärker entlastet. Hier erkennt Butterwegge eine Ungleichheit, die sich nicht nur im sozialen Gefüge, sondern auch in politischer Mitbestimmung und sich allen daraus ergebenden Folgen niederschlägt: „Die Armen gehen weniger wählen als die Reichen.“

Nein zum bedingungslosen Grundeinkommen

- Zunächst könnte man meinen, dass ein Mann wie Christoph Butterwegge – von der Partei Die Linke **zweimal als Bundespräsidentenkandidat vorgeschickt** (einmal lehnte er ab) – die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen sofort unterschreiben würde. Weit gefehlt. „Dies würde zu einer weiteren **Zerstörung des Sozialstaats** beitragen“, sagte er in Auerbach.
- „Was soll daran fair sein, **wenn der Millionär dieselbe Summe ausgezahlt bekommt wie ein Arbeitsloser?**“ Auf ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse würde mit einer Geldzahlung in gleicher Höhe reagiert, obwohl Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden muss, solle es **gerecht zugehen**.
- Besteure man zudem das Einkommen dem Reichen wieder weg, sei es auch nicht mehr bedingungslos, sondern an die Voraussetzung geknüpft, dass **keine anderen Einkommensquellen** vorhanden sind. Dieses Modell sei **nicht bedarfsgerecht** – aber genau dieses Kriterium sei eine Grundregel des Sozialstaats. „Das Gießkannenprinzip funktioniert nicht.“
- Butterwegge ist unter anderem Mitglied von **Attac Deutschland** und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

tr

Für Erbschaft- und Vermögensteuer

Was rät der Wissenschaftler Christoph Butterwegge seinem Land? Zunächst eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes. Der gesetzliche Mindestlohn müsse deutlich über zehn Euro steigen, Leiharbeit verboten oder stark eingeschränkt werden. Ziel müsse sein, so viele Menschen wie möglich in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu führen.

Butterwegge plädiert für eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle Bevölkerungsschichten einbezogen sind. „Außerdem wird es Zeit für eine sozial gerechte Steuerpolitik.“ Die Vermögensteuer müsste wieder erhoben, die Erbschafts und Schenkungssteuer deutlich erhöht werden.

Betriebsübertragungen seien derzeit weitgehend steuerfrei gestellt. Zudem solle der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer deutlich angehoben werden. Wer starke Schultern hat, könne auch mehr tragen. Ein weiteres Beispiel: Die Börsenumsatzsteuer ist 1991 von der Regierung Kohl abgeschafft worden, am

starken Finanzplatz London gibt es sie noch immer.

Zu sagen, den Menschen in Deutschland gehe es heute so gut wie noch nie, sei oberflächlich und undifferenziert, meint Christoph Butterwegge. In Auerbach sagt er es ganz deutlich: Der Staat habe die soziale Sicherheit verringert. „Das war politisch so gewollt.“

tr